



2001/07 Dossier

<https://jungle.world/artikel/2001/07/es-reicht-jetzt>

Die Erlösung der Nation I

Es reicht jetzt!

von **Lars Rensmann**

Was macht Norman Finkelstein für die Deutschen so interessant? Über Entschädigungspolitik, Erinnerungsabwehr und Motive des sekundären Antisemitismus (Teil I).

I. Einleitung

Mit den öffentlichen Debatten um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeits-Opfern, die sich im Jahre 1998 analog zur Diskussion um die Friedenspreisrede des deutschen Schriftstellers Martin Walser entfalteten (1), ist der erinnerungspolitische Diskurs zur nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland in eine neue Phase getreten. Erstmals seit vielen Jahren war international ein politischer und rechtlicher Druck entstanden, der es der deutschen Wirtschaft erschwerte, sich den materiellen Ansprüchen von Zwangsarbeitsopfern, von deren erpresster Arbeit viele Konzerne während des Nationalsozialismus profitierten, weiter zu entziehen. Damit bekam der Diskurs über den Holocaust eine materielle Komponente, die in der bis heute verleugneten materiellen Verantwortung der deutschen Industrie begründet liegt. Walser verkündete bereits in den Anfängen der Debatte dazu im Sinne der Industrie, dass die »Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« und die »Drohroutine« mit der »Moralkeule« der NS-Vergangenheit ein Ende haben müssten.

Mit der ideologischen und juristischen Abwehr der mit Unterstützung von Anwälten und jüdischen Organisationen erstmals mit Nachdruck vertretenen Forderungen der Opfer in Öffentlichkeit und Gerichtssälen stand hierbei von Beginn an zu befürchten, dass von beträchtlichen Teilen der Gesellschaft geteilte Vorurteile über Juden mit der Entschädigungsdebatte verbunden und mobilisiert würden.

Schließlich glauben 39 Prozent der Deutschen, »die Juden beuten den Holocaust für ihre Zwecke aus« (2); bis zu 50 Prozent meinen nach einer Untersuchung von 1998, Juden versuchten, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren materiellen Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen. (3) 63 Prozent der Deutschen sind nach empirischen Umfragen darüber hinaus der Auffassung, dass ein »Schlussstrich unter die Diskussion über Judenverfolgung« gezogen werden sollte. (4)

Diese »Mehrheitsmeinung« (Werner Bergmann) verbindet sich mit einem teils kaum gebrochenen Nationalstolz bis hin zur fast von der Hälfte der Gesellschaft aufrecht gehaltenen

Ansicht, der Nationalsozialismus habe »gute und schlechte Seiten« oder gar »mehr gute Seiten« gehabt. (5) Angesichts solcher zum Teil fortwährender Identifizierungen und Ressentimentstrukturen mag es kaum verwundern, wenn die kritische Erinnerung an die deutsche Vergangenheit, zumal wenn sie konkrete Konsequenzen für das Ansehen Deutschlands zeitigen soll, oft mobilisierbare aggressive Abwehrreaktionen hervorruft, die sich mit dem ideologischen Repertoire des Antisemitismus verbinden.

Dieser Umstand korreliert mit dem Motiv in Politik und Industrie, materielle Verantwortung abzuwehren, und weist doch zugleich über jenes hinaus; auch in der ideologischen gesellschaftlichen Identifikation mit der Wirtschaft und ihren Interessen im Sinne eines Standortnationalismus geht dieser Zusammenhang nicht auf. Vielmehr geht es um über- und tiefgreifendere sozialpsychologische Dispositionen und Stereotype, die nach wie vor verbreitet sind und die den gesellschaftlichen Boden bereiten für eine »soziale Tendenz zur irrationalen Abwehr« (6), zum Schlagen nach außen, wenn es um die Verantwortung aus den deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus geht.

Theodor W. Adorno hat in der Nachkriegszeit dazu auf der Grundlage empirischer Arbeiten Elemente einer Theorie des sekundären Antisemitismus - eines Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr - entworfen, die in jüngster Zeit an Aktualität gewonnen haben. Demnach hat der Antisemitismus nach und wegen Auschwitz eine neue Dimension gewonnen, ohne aus dem alten Schema des politisch-sozialen Verfolgungswahns auszubrechen, der in Juden alle wahrgenommenen oder realen eigenen Probleme personifiziert. Juden repräsentieren demnach im gesellschaftlichen Unbewussten nun selbst noch die Erinnerung an die verdrängte Tat, an die Geschichte des Holocaust. An sie wird die unerwünschte Verbrechensgeschichte delegiert, die seit 1945 tendenziell zur jüdischen Geschichte mutiert und von der deutschen kollektiven Vergangenheit abgespalten worden ist.

Exemplarisch dafür ist die Aussage des Berliner Regierenden Bürgermeisters, Eberhard Diepgen, in einer Diskussion über die weitere Finanzierung einer NS-Gedenkstätte, die Berliner hätten schon genug für die Jüdische Gemeinde getan. (7) Juden fungieren als externalisierte Gewissensinstanzen, als quasi verkörperter Schuldvorwurf, der den nach Auschwitz zumindest an der politischen Oberfläche beschädigten kollektiven Narzissmus nationaler Größe nachhaltig beeinträchtigt, welcher potenziell auf Reparation lauert. Zu Grunde liegt solcher antijüdisch gewendeten Abwehr neben tradierten Stereotypen zumeist das schwelende Bedürfnis nach einer restaurierten, positiven, ungebrochenen Identifikation mit der Nation der Täter, für deren vermeintlichen Niedergang schon früher Juden verantwortlich gemacht wurden. Vielfach existiert eine unbewusste Sehnsucht nach »Erlösung« der Nation von historischer Schuld und Verantwortung. Dabei stört objektiv die Erinnerung an die Geschichte deutscher Verbrechen, der die positive Restauration tradierter deutscher Identität unwiderruflich zerstört hat. (8)

Als Repräsentanten dieser Erinnerung, die den zunehmend gehegten und geäußerten Wunsch nach Normalität, der Normalisierung der Vergangenheit zu gegenwärtigen Zwecken, desavouieren, stehen somit auch Juden der »erpressten Versöhnung« (Jürgen Habermas) mit der eigenen nationalen Geschichte entgegen. Sie werden zu »Störenfrieden der Erinnerung« (Eike Geisel). Die gegen Juden gerichtete Abwehraggression verweist so auch auf das weitgehend unbearbeitete politisch-psychologische Bestreben, die Erinnerung an die Taten verdrängen zu wollen, weil sie unliebsam sind, ja die eigene, kollektive Identifizierung kritisch in Frage stellen und mit ihr die Idealisierung des nationalen Zusammenhangs und die Erhöhung des Selbst über

die nationale Klammer. Nur in der kritischen Bearbeitung der unbewussten Identifizierungen, im subjektiv distanzierenden Schritt »außerhalb des Kollektivs fällt die Partizipation an dem gemeinsamen schützenden Wahn weg, der das Verbrechen verschleiert« (9).

Dieses Theorem und die empirischen Befunde machen eine heikle Motivlage sichtbar, die der Entschädigungsdebatte strukturell vorgelagert ist und bei vielen potenziell auf dem Sprung steht, ins Öffentliche zu drängen: »Ein Klima, das verpönt, was am notwendigsten wäre: kritische Selbstbesinnung.« (10)

Das weit verbreitete Motiv, dass Juden mit dem Holocaust die Deutschen materiell ausbeuteten, ist solch ein sekundär-antisemitisches Ressentiment, bei dem das konservierte moderne antisemitische Stereotyp vom »geldgierigen« oder »rachsüchtigen« Juden auch zur Abwehr der Erinnerung und Vergegenwärtigung des Geschehenen dient. Mit der Abwehr kann sich so ein objektiver »Rollentausch« (Max Horkheimer) vollziehen, der die Tätergesellschaft in die Rolle des Opfers imaginiert, die Opfer hingegen als Täter erscheinen lässt. Aus dieser Konfiguration sprechen zugleich weitreichende soziale »Wahrnehmungsstörungen« und eine radikale kollektive Selbstbezüglichkeit, bei der die »Affektsperr« gegenüber dem Leid der Opfer (11) mit heftigen Abwehr-Affekten gegen die Erinnerung und die Opfer kompensiert wird. Von daher lag es nahe, dass dieser antisemitisch besetzte und auf Wahrnehmungsabwehr basierende Rollentausch sich auch an der von jüdischen Organisationen unterstützten Forderung materieller Entschädigung für Zwangsarbeitsopfer zeigen würde - wie es kaum ein Moment der Wirklichkeit gibt, das nicht, herausgebrochen und isoliert, für solche Zwecke verwendbar wäre.

Walser's latent antisemitische, d.h. nicht offen gegen Juden als Juden gerichtete Invektiven brachten bereits diesen innigen Zusammenhang von Abwehraggression und Post-Holocaust-Antisemitismus zu einem neuen öffentlichen Ausdruck. Zugleich boten seine Rede und die anschließende Kontroverse den Auftakt für die diskursive Formierung der Entschädigungsdebatte, Walser zufolge ein »ausländisches Problem«. (12)

Im Folgenden werde ich zunächst die Struktur der politischen Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeitsopfern mit ihren Merkwürdigkeiten untersuchen im Hinblick darauf, inwiefern ihr - symbolische, latente und manifeste, moderne wie sekundäre - antisemitische Motive unterliegen. Sodann werde ich die Spiegelung dieser Motive in der Finkelstein-Debatte, die als Teil der Entschädigungsdebatte gesehen werden kann, analysieren, und schließlich diese wie jene in Beziehung setzen zur jüngsten antisemitischen Welle in der Bundesrepublik.

II. Politik mit der Entschädigung und sekundärer Antisemitismus

Neben im Verlauf der Debatte allmählich zunehmenden kritischeren Stimmen zum »schandhaften« Verhalten der zahlungsunwilligen Wirtschaftsunternehmen wurden in Politik, Konzernetagen und Medien wiederholt abwehraggressive und judenfeindliche Motive teils bewusst, teils unbewusst mobilisiert.

Dabei wurden zunächst die Opfer, ihre Anwälte und Verbände strukturell in die Rolle vermeintlicher Störenfriede gesetzt, die mit insistierenden und unbegründeten Forderungen den wirtschaftlichen Fortgang behindern und Deutschland schaden wollen. Denn noch bis zum Sommer 1998 sahen diejenigen, die jetzt angeblich aus »moralischer Verantwortung« zahlen, »keinen Handlungsbedarf« in Sachen Zwangsarbeiter-Entschädigung - so der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). (13)

Noch vor jeglichen Verhandlungen hat darauf die Bundesregierung ihre Parteilichkeit mit der deutschen Industrie bekundet und damit suggeriert, sie sei politisch schutzbedürftig gegenüber Angriffen von außen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach davon, die Regierung werde sich »schützend« vor die Industrie stellen; als benötige diese vor den Opfern der Zwangsarbeit Protektion, denen man fast sechs Jahrzehnte die kalte Schulter gezeigt hatte, ja denen jedes Almosen - als symbolisch-materielle Anerkennung des erlittenen Terrors, der selbstverständlich nicht wieder gutgemacht oder kompensiert werden kann - verwehrt worden ist.

Seither folgten dieser a priori verlautbarten Parteilichkeit gegen die Ansprüche der Opfer konsequent Taten. Bei der deutschen Interessenvertretung gegen die Überlebenden nationalsozialistischer Zwangsarbeit schien kaum ein diplomatischer Drahtseilakt zu gefährlich: Selbst bei einem Prozess ehemaliger Zwangsarbeiter gegen deutsche Firmen in den USA sprang der Industrie das vom grünen Vizekanzler Joseph Fischer geleitete Außenministerium als amicus curiae zur Seite. (14) Geteilt und international durchgesetzt wurde von der Politik die Auffassung, die Firmen, die sich aus der Zwangsarbeit bereichert haben, trügen keine individuelle rechtliche Verantwortung. Die moralisch wie juristisch zweifelsohne berechtigten Ansprüche (15) wurden so durchweg politisch dementiert und delegitimiert. Dabei handelt es sich um den Versuch, das im bürgerlichen Recht verankerte Verursacherprinzip außer Kraft zu setzen. Einer der »bedenklichsten Aspekte«, so Micha Brumlik, »ist denn auch der nicht anders als erpresserisch zu nennende Versuch, die Unabhängigkeit US-amerikanischer Gerichte einzuschränken und damit einem anderen demokratischen Staat, den USA, der so genannten Rechtssicherheit wegen die Aufhebung des Prinzips der Gewaltenteilung aufzunötigen«. (16)

Allerdings kündigt dieser politische Versuch der Interessendurchsetzung nicht nur von einem fragwürdigen Verständnis von Demokratie und Gewaltenteilung. Der international erzeugte politische Druck vor extraterritorialen Gerichten sticht neben den wiederholten Drohungen der deutschen Seite, alle Verhandlungen abubrechen und somit mit der geringen Zeit zu spielen, die den Überlebenden noch bleibt, besonders hervor vor dem Hintergrund der zeitgleich eskalierenden politisch-medialen Debatte.

Hier wird vielfach das Bild der Erpressung mobilisiert - in der Darstellung jüdischer Anwälte und Organisationen. Der Spiegel schafft beispielsweise ein wahres Erpressungsszenario, dem zufolge die »geschäftstüchtigen« Anwälte, jüdischen Organisation und Opferverbände unter dem Vorwand von Gerechtigkeit und Sühne ihren Geldinteressen nachgingen, indem sie deutsche Unternehmen unter Druck setzten: »Amerikanische Anwälte, die ihre Geschäftstüchtigkeit gut hinter der Fassade von Schuld und Sühne zu verstecken wissen, setzen deutsche Unternehmen mit überzogenen Forderungen unter Druck. Jüdische Organisationen streiten vor allem für die Opfer des Holocaust. Opferverbände und Regierungen im Osten Europas fordern Gerechtigkeit und meinen Mark.« (17) Den Spiegel-Autor aber scheint man nicht täuschen zu können; er sieht hinter die »Fassade«. Ist die Maske der hehren Gerechtigkeits-Motive der Opfer-Organisationen einmal abgerissen, kann er ihre »Geldgier« zum Vorschein bringen.

Klischees über »skrupellose«, »gerissene« und »unnachgiebige« jüdische Anwälte und Organisationen, die mit dem unlauteren Interesse an, ja mit Geld selbst identifiziert werden, haben in der Debatte mitunter nicht mehr den Charakter eine Chiffre, eines kulturellen Codes, sondern tragen regelmäßig unverhüllt antisemitische Züge. Erstmals sind jene Stereotype in jüngerer Zeit offen proklamiert worden an gleichem Ort während der Walser-Debatte durch Rudolf Augstein, der von den »New Yorker Anwälten« als »Haifischen im Anwaltsgewand« und

dem »Weltjudentum« als »große Macht« sowie »Rache bis ins siebte Glied« durch die »Weltpresse« gesprochen hatte. (18) In der Süddeutschen Zeitung wird nun entsprechend behauptet, die Opfer-Anwälte spielten »Weltpolizei« (19); hier wird geradezu eine imperiale Macht konstruiert, die über Deutschland herfällt. Aus solcher national identifizierten Sicht sind folgerichtig diejenigen, die Entschädigungszahlungen gegen deutsche Unternehmen erwirkt haben, »Anwälte mit zweifelhaftem Verdienst«. (20)

Wenn es um die Entschädigungs-Anwälte der Opfer-Seite geht, wird sequenziell ein stereotypes Portrait vom »jüdischen Anwalt aus New York« gezeichnet als »Profiteur«, der »aus dem Leid anderer ein gutes Geschäft« mache, »laut« und »aggressiv« auftrete, der »droht« und »goldumrandete Brillen« trägt, »jederzeit bereit, ein Hörnchen mit bloßen Händen zu zerquetschen«. Er erscheint als »Rechts-Rambo«, »gefürchtet von deutschen Unternehmen« und als »geldgierig«. Wenn solche »Überzeugungstäter oder Karrieristen« von »Moral und Würde reden, erscheint keine Summe zu hoch«. (21)

Es gibt kaum ein tradiertes antisemitisches Stereotyp, von jüdischer Aggressivität und Unangepasstheit bis zur Vorstellung von Juden als körperlich schwächlichen, unehrlichen, hinterhältigen Tricksern und Betrügern, die nur Geld im Sinn haben, kaum eine judeophobe Projektion, auf die nicht während der öffentlichen Debatte im Blick auf die Opfer-Anwälte in der demokratischen Öffentlichkeit angespielt worden wäre. Vor allem aber werden im Verlauf der Debatte Juden bei der Thematik des Holocaust projektiv auch als Täter verhandelt, so als diskutiere man über die Motive Eichmanns. Juden sehen diesen Konstruktionen gemäß in der Verfolgungsgeschichte und der deutschen Schuld vor allem ihren materiellen Vorteil. Mittels einer häufig reproduzierten syntaktischen Gegenüberstellung von »Moral« als Vorwand und »Geld« als wahren Motiv scheinen die Beweggründe des Handelns der Anwälte und Organisationen besonders niedrig; wer ist schon skrupellos genug, das Leid von Opfern auszubeuten?

So wird ein politisches Klima befördert, in dem ausgerechnet den Überlebenden, ihren Anwälten und Interessenorganisationen in der äußerst ungleichen Auseinandersetzung mit Staat und Kapital entfesselter Partikularismus vorgeworfen wird. Das quasi erpresserische Verhalten der Industrie gegenüber den Überlebenden wird dergestalt auf Juden projiziert. Die eigene Aggressivität und skrupellose Verfolgung materieller Interessen wird den Opfern zugeschoben. Geldgierig sind in dieser die Realität verkehrenden Wahnvorstellung nicht das zahlungsunwillige deutsche Kapital, sondern die überlebenden Zwangsarbeiter, nicht die von der Zwangsarbeit bis heute profitierenden, »schutzbedürftigen« Konzerne, sondern eine scheinbar von mächtigen Juden verfolgte deutsche Wirtschaft. (22)

Die unterstellten Motive von Rachsucht, Geldgier und weltweiter Macht dienen im Besonderen einer kollektiven Selbstverteidigung. Sie zielen unbewusst u.a. darauf, vom eigenen moralischen Versagen in Geschichte und Gegenwart abzulenken und die nationale Identität als Opfergemeinschaft zu konstruieren und zu rehabilitieren. Dazu werden diejenigen, die das Gefährliche der Vergangenheit verkörpern, moralisch diskreditiert. Der Verweis auf nacktes materielles Interesse der Opfer und ihrer Vertreter rationalisiert insofern auch die Abwehr. Juden werden gleichsam in der Position der ewigen Verfolger imaginiert, die den Deutschen keinen Frieden gönnen. Während man selbst nur »normal« weiterleben möchte, so die sekundär-antisemitische Figur, wollen die Juden sich noch an ihrem eigenen Untergang bereichern und lassen deshalb die Deutschen nicht in Ruhe (23); ja Juden erscheinen, so Leo Löwenthal, als »so

schamlos und geldgierig, dass sie sogar ihre Stellung als verfolgte Minderheit noch ausbeuten, um sich besondere Privilegien zu sichern«. (24)

Die Konstruktion der geldgierigen Opfer-Anwälte und die nicht belegten Gerüchte um deren Honorare dominierten zeitweise in den deutschen Medien die Entschädigungsdebatte; die Millionen, die die deutsche Industrie in eine jahrelange juristische Abwehrschlacht investiert hat, wurden dagegen selten thematisiert. Während man also in Deutschland »das alte Stereotyp vom gierigen jüdischen Anwalt auf Opferseite reaktivierte, war das wirklich große Geld längst auf der anderen Seite investiert und auch verdient worden: von gut bezahlten Rechtsanwälten, pensionierten Bundesbeamten und Richtern des Bundesgerichtshofes« (25) - seit Jahrzehnten mit Millionen finanzierte Experten der Industrie, einzig dazu beschäftigt, Ansprüche der Opfer abzuwehren; allerdings standen diese Arbeit und der üppige Verdienst aus ihr offenbar im höheren Dienst der Nation, des »Wir« einer deutschen Betroffenenengemeinschaft.

Die Kritik an den Opfern, ihren Verbänden und Vertretern wird hierbei fast ausschließlich auf jüdische Gruppen, Organisationen und Individuen gemünzt. Erscheinen einerseits alle ehemaligen Zwangsarbeiter als Opfer jüdischer Anwälte und Verbände, so wird an anderer Stelle eine Hierarchie bei den Opfern selbst betont. Die Opfergruppen werden dann strikt gespalten und die so genannten wahren benachteiligten Opfer vielfach auf die Seite der deutschen Vertreter geschlagen. Nicht-jüdische Opfer werden so in die Gemeinschaft der ehrlichen Opfer jüdischer Hinterlist aufgenommen. Opfer-Anwälte und Organisationen bereicherten sich nicht nur an deutschen Unternehmen, sondern auch an den nicht-jüdischen Zwangsarbeits-Opfern, die nun in den deutschen Regierungsvertretern ihre Anwälte fänden, weil »jüdische Opferverbände« mit »grobem Egoismus« auf »Beute« (26) aus seien und in »maßlosem Ansinnen« fast das ganze Geld »für ihre Klientel« verlangten. (27)

Unterschlagen wird nahezu kontinuierlich, dass es vor allem den Bemühungen der Anwälte und der jüdischen Verbände zu verdanken ist, dass die deutsche Industrie zu Zahlungsverpflichtungen gebracht wurde. Konstruiert wird überdies, die Regierung, die mit der Industrie explizit jedweden individuellen Rechtsanspruch abgelehnt hat, vertrete die individuellen Ansprüche der Opfer. Dieses schiefe Bild, das beispielhaft in einer Artikel-Serie von Götz Aly reproduziert wird, endet in einer grotesken bildlichen Konstruktion, bei der die Vertreter der Opfer mit der SS verglichen werden: »In den KZs ließ die SS die Wassersuppe einfach zwischen die Häftlinge stellen und provozierte so regelmäßige Balgereien, die mit dem Sieg des Stärksten enden mussten. Eben dieses System zwingen nun die Vertreter der Opfer den Vertretern der Bundesregierung auf.« (28)

In solchen Verdrehungen und Verharmlosungen des Schreckens zeigt sich ein relativierendes Muster willkürlicher Gleichsetzung des Unvergleichbaren, gepaart mit der Verunglimpfung der KZ-Opfer und insbesondere mit Ressentiments gegen eine vermeintlich privilegierte jüdische Opfergruppe und ihre Vertretung. Zugleich wird unverhohlen ausgesprochen, worum es dem Journalisten geht: um einen Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit. »Nach mehr als fünfzig Jahren darf über das, was denunziatorisch als Schlusstrich bezeichnet werden kann, nachgedacht werden. Das liegt im wohlverstandenen und legitimen Interesse der jüngeren Generation. Auch das zu wahren, gehört zu den Pflichten der Bundesregierung.« (29)

Die Stereotype der Entschädigungsdebatte konzentrieren sich so auf eine als mächtiges, weltweit wirkendes Kollektiv imaginierte Gruppe: Juden. Sie, die sozialpsychologisch in

besonderer Weise Auschwitz repräsentieren, werden vielfach als privilegierte Opfergruppe dargestellt, und letztlich wird ihnen, entsprechend dem antisemitischen Denkmuster, unterstellt, sie beuteten den Holocaust für ihre Zwecke aus. Während es den einen um legitime Interessen und ein Leben in (Rechts-) Frieden geht, wollen demnach die Juden an ihrer eigenen Verfolgung und an der Verfolgung anderer Opfergruppen Geld verdienen. Auch diese werden somit latent zum Opfer von materieller jüdischer Gier und Rachsucht stilisiert. Doch ihr Leid wird meist gekoppelt an die Fortschreibung einer nationalen Opfermythologie, die schon immer im Zentrum jedweder antisemitischer Paranoia stand. Die Verursacher des Leids, diejenigen, die die Verbrechen begangen haben und deren Rechtsnachfolger sich ihrer Verantwortung entzogen haben, verschwinden hinter der Anklage gegen die jüdischen Mittler und Opfer. Auch dies ist ein Element der stereotypen wie selektiven Wahrnehmungsmuster der Debatte und ihrer symbolischen Ordnung.

Die Projektion der Industrie als einer von Juden verfolgten Unschuld bleibt freilich nicht unwidersprochen: Es stilisiere sich die deutsche Wirtschaft »zu einem Objekt moderner Raubritter in Gestalt US-amerikanischer Anwälte«, (30) war in der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Zeitung zu lesen. Die Zeit etwa kritisierte: »Bei Schröder erschien die deutsche Industrie als verfolgte Unschuld.« (31) Doch die grundsätzlichen Schief lagen, Verkehrungen und Stereotypisierungen wurden nur selten reflektiert.

Die medialen Bilder spielen meist mit dem in der Demokratie bewährten agitativen Muster von Assoziation und Innuendo. Sie »brauchen ihre antisemitische Intention nicht eindeutig offen zu legen, sie müssen nicht die jüdische antideutsche Verschwörung heraflügen und tun es trotzdem«. (32) Doch in Medien und Politik finden sich auch immer wieder sehr offene Worte. So beschwert sich der CDU-Abgeordnete Freiherr von Stetten, zugleich Präsident des vom ehemaligen Marinerichter und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) gegründeten und nationalkonservativen Studienzentrums Weikersheim: »Ich will das Wort Zionismus nicht sagen, aber antideutsche Stimmungsmache wird natürlich schon versucht zu machen und Stimmung gegen Firmen in den USA: Kauft die Ware nicht bei diesen bösen Firmen - eben das finde ich unappetitlich. So arbeitet man im deutschen Recht nicht. Das ist Erpressung.« (33) Freiherr von Stetten will das Wort »Zionismus« nicht sagen, sagt es aber und meint die weltweit als verschworene Gruppe »anti-deutsch« operierender Juden. So etwas gibt es nicht im deutschen Recht.

Einfühlung, ja Solidarität in der Öffentlichkeit bleibt so oft der Industrie vorbehalten, die letztlich nur ein Viertel der ausgehandelten Summe von zehn Milliarden Mark für die Bundesstiftung aufbringen muss und daran bisher gescheitert ist: »Wie kann den deutschen Managern die Sorge genommen werden, dass sie nach einer Einigung, die teuer genug wird, nicht doch wegen der alten Geschichten verklagt werden?« (34) Rückwärts gewandt rollen demnach die Opfer immer wieder »die alten Geschichten« auf, wie hier im Spiegel der systematische NS-Terror in Konzentrationslagern und auf Firmengeländen verharmlosend genannt wird, um den Deutschen zu schaden. Konnotiert wird indes auch das sekundär-antisemitisch aufgeladene Klischee, Juden lebten in der Vergangenheit und blickten nur zurück, vor allem aber das Stereotyp jüdischer Unversöhnlichkeit und Rachsucht.

Diese wird aber nur deshalb relevant, weil Juden zugleich eine internationale Machtfülle insinuatив zugeschrieben wird, mittels deren sie vermeintlich Deutschland bedrohten. Vor allem die »New Yorker Presse« scheint Angst zu machen. Als Repräsentanten der Sphäre der

Vermittlung wird latent Juden zugeschoben, die Medien zu beherrschen und zu manipulieren, um die Erinnerung an Auschwitz präsent zu halten und so ihren Einfluss gegen Deutschland geltend zu machen. Jede legitime Kritik kann so als interessengeleitete, gegen Deutschland gerichtete jüdische Erfindung aus dem Bewusstsein gedrängt werden.

Unterlegt ist dieser realitätsverlustigen Sicht das Wahrnehmungsmuster, Juden seien eine geschlossene Gemeinschaft der Gläubiger mit internationaler Macht. Sie erscheinen insbesondere als heimliche Herrscher der Weltmacht USA: »Selbst Boykott-Aufrufe gegen deutsche Produkte werden durch die US-Regierung nicht mehr unter Kontrolle zu bringen sein. Die gesamte deutsche Wirtschaft könn(t)e an den Pranger gestellt werden.« (35) Hier klingt, leicht verschleiert, eine Verschwörungsphantasie an.

Gekoppelt an die antisemitischen Motive sind andere ideologische Elemente der Abwehr und Projektion. Der deutsche Beauftragte der Bundesregierung für die Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen, der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff, der die Zwangsarbeit, zu der polnische Landarbeiter gezwungen wurden, für eine »natürliche historische Erscheinung« hält, droht noch vor Verabschiedung des Stiftungsgesetzes, keinem Opfer eine Mark zu zahlen, wenn kein »Rechtsfrieden« hergestellt sei: »Die Unternehmen wollen sicher sein, die Bundesrepublik will das auch, dass sie nicht weiter mit Klagen überzogen werden. Da muss Schluss sein.« (36)

Endlich soll Schluss und Frieden sein, sollen die Überlebenden aufhören, ihre Ansprüche einzuklagen, die ihnen seit 55 Jahren verwehrt worden sind. Über die Abwehr der notwendig störenden und irritierenden Erinnerung an die unfassbaren Verbrechen hieß es schon 1946: »So lange den Deutschen der moralische Mut fehlt, die Folgen der Naziverbrechen gegen die Juden zu akzeptieren, werden sie versuchen, den Ankläger zu verfluchen und ihn zu denunzieren als jemand, der ihren Frieden stört.« (37) Philosophisch formuliert Lambsdorff darüber hinaus: »Hat es je gerechten Ausgleich geben können, für Häftlinge, Gefangene, Heimatvertriebene, Bombengeschädigte?« (38) Der Regierungsbevollmächtigte relativiert hier die NS-Verbrechen, indem er implizit den Holocaust mit Gefängnisstrafen, der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und alliierten Bombenangriffen, Konsequenzen aus dem Vernichtungskrieg, gleichsetzt und zugleich indirekt deutsche Ansprüche auf Entschädigung anmeldet.

Derjenigen dominanten Strömung in der Ökonomie und Politik, die sich zu einer einmaligen, abschließenden Zahlung aus Angst vor internationalen Sammelklagen wie Boykotten sowie um das »Ansehen Deutschlands« gezwungen sieht, stehen noch die gegenüber, die Deutschland als Opfer einer internationalen Erpressung wännen und dagegen selbstbewusst Entschädigung für die »Opfer der Vertreibung« fordern: »Über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges muss es auch für Deutsche eine historische Gerechtigkeit geben«, so der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl. (39) Uhl erinnert ausschließlich an die deutschen Opfer; andere haben in seinen Worten keinerlei symbolischen Ort mehr. Nach 1945 habe man, zitiert Uhl Hans-Georg Adler, »bloß das Wort ›Juden‹ mit ›Deutsche‹ vertauscht«. Weit »über zwei Millionen Deutsche« seien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs »durch Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit zu Tode gekommen. All dies geschah in demselben Zeitraum, als in den Nürnberger Prozessen gegen Nazigrößen Todesurteile wegen ebendieser Straftaten, also wegen Deportation, Zwangsarbeit und Vernichtung, ausgesprochen wurden«. (40)

So werden die nationalsozialistischen Verbrechen wie die systematische Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und der Vernichtungskrieg mit über 50 Millionen Toten

vollends gleichgesetzt mit den Folgen dieser Verbrechen. Hier fordert der Abgeordnete überdies, das alte Ressentiment gegen »die Siegerjustiz« mobilisierend, implizit Kriegsverbrecher-Prozesse gegen die Alliierten. Dergestalt wird die Debatte zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern im Parlament zur Schaubühne für geschichtsrevisionistische Ideologeme.

Lars Rensmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und Visiting Scholar am Department of History der University of California in Berkeley.

Der redaktionell leicht gekürzte Beitrag erscheint im März in dem von Rolf Surmann herausgegebenen Sammelband: Das Finkelstein-Alibi. Holocaust-Industrie und Tätergesellschaft. PapyRossa, 180 Seiten, 28 Mark.

Anmerkungen

(1) Vgl. Micha Brumlik / Hajo Funke / Lars Rensmann: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000

(2) Siehe Jennifer Golub: Current German Attitudes towards Jews and other Minorities, New York 1994, S.37

(3) Siehe Klaus Ahlheim/Bardo Heger: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde, Schwalbach 1999, S.103

(4) Vgl. Forsa-Untersuchung, Die Woche, 24. Dezember 1998

(5) Vgl. Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946 - 1989, Frankfurt/M./New York 1991, S.255

(6) Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum »Gruppenexperiment«, in: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. 9.2, Frankfurt/M. 1975, S.121-324, hier S.138

(7) Zitiert nach ARD-Fernsehen, »Tagesschau«, 11. November 1996

(8) Vgl. Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/00, S.830-837, hier S.831

(9) Peter Berghoff: »Der Jude« als Todesmetapher des »politischen Körpers« und der Kampf gegen die Zersetzung des nationalen »Über-Lebens«, in: Peter Alter / Claus-Ekkehard Bärsch/Peter Berghoff (Hg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S.159-172, hier S.171

(10) Theodor W. Adorno: Auf die Frage: Was ist deutsch, in: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt/M. 1977, S.691-701, hier S.692

(11) Vgl. Joachim Perels: Die Zerstörung von Erinnerung als Herrschaftstechnik. Adornos Analysen zur Blockierung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, in: Helmut König / Michael Kohlstruck / Andreas Wöll (Hg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S.53-68, hier S.58ff

(12) Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998

- (13) Zitiert nach Matthias Arning: Wenn Entschädigung zu einer Frage des Prestiges wird, Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1998
- (14) Vgl. Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung, a.a.O., S.832
- (15) Zu den rechtlichen Minimalansprüchen auf Arbeitslohn (jenseits von Schadensersatz), welche bereits die angeblich »freiwilligen« Leistungen von Bund und Industrie um ein Vielfaches übersteigen, vgl. Thomas Kuczynski: Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im »Dritten Reich« auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1/00
- (16) Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung, a.a.O., S.833f
- (17) Der Spiegel, 9. August 1999, S.34, zitiert nach: Gruppe 3 Frankfurt/M.: Ressentiment und Rancune: Antisemitische Stereotype in der Entschädigungsdebatte, in: Ulrike Winkler (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S.251-271, hier S.251f
- (18) Siehe Rudolf Augstein: Wir sind alle verletzbar, in: Der Spiegel, 30. November 1998
- (19) Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember 1999, S.2
- (20) Ebenda
- (21) Alle Zitate aus deutschen Tageszeitungen, zitiert nach Gruppe 3 Frankfurt/M.: Ressentiment und Rancune, a.a.O., S.254f
- (22) Vgl. Matthias Thieme: Stiften gehen, in: Jungle World, 30/00, S.6-7, hier S.7
- (23) Vgl. Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum »Gruppenexperiment«, a.a.O., S.224
- (24) Leo Löwenthal: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Schriften Bd. 3, Frankfurt/M. 1982, S.85
- (25) Lothar Evers: Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationaler Politik, 7/00, S.837-844, hier S.838
- (26) Götz Aly: Das Prinzip Wassersuppe, Berliner Zeitung, 3. Februar 2000
- (27) Götz Aly: Schuld ist nicht erblich, Berliner Zeitung, 22. Januar 2000
- (28) Götz Aly: Das Prinzip Wassersuppe, Berliner Zeitung, 3. Februar 2000.
- (29) Götz Aly: Entschädigung ohne Ende?, Berliner Zeitung, 2. März 2000
- (30) Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 1999
- (31) Die Zeit, 10. November 1999, zitiert nach Gruppe 3 Frankfurt/M.: Ressentiment und Rancune, a.a.O., S.269
- (32) Gruppe 3 Frankfurt/M.: Ressentiment und Rancune, a.a.O., S.256

(33) »Panorama«, NDR Fernsehen, 14. Oktober 1999

(34) Der Spiegel, 9. August 1999, S.34ff, zitiert nach: Gruppe 3 Frankfurt/M.: Ressentiment und Rancune, a.a.O., S.254

(35) Süddeutsche Zeitung, 20/21. November 1999, S.6

(36) Zitiert nach Matthias Thieme: Stiften gehen, in: Jungle World, 30/00, S.6-7, hier S.6

(37) Zitiert nach Gertrud Hardtmann: Von unerträglicher Schuld zu erträglichem Schuldgefühl? in: Dan Bar-On et al. (Hg.): Der Holocaust. Familiäre und gesellschaftliche Folgen, Wuppertal 1988, S.56-60, hier S.60

(38) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. November 1999, S.1

(39) Zitiert nach Matthias Thieme: Stiften gehen, in: Jungle World, 30/00, S.6

(40) Deutscher Bundestag, 114. Sitzung, Plenarprotokoll 13/245, 6. Juli 2000